



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die getrennten und mit einemmal völlig beruhigten Kämpfer den sofort gemeinsam bestellten, wie durch ein Wunder aus den Ruinen hervorsproßenden Groggläsern. Die Gerichtsämter und die städtischen Polizeibehörden sollten solche Zwischenpiele, wenn durch sie die öffentliche Ruhe und Sicherheit auf den Straßen nicht gestört und nur das Lokal devaschiert und zum Trümmerhaufen gemacht worden ist, nicht mit Geld- und Gefängnisstrafen heimsuchen, da es sich dabei nur um einen von Zeit zu Zeit nötigen Aderlaß handelt. Freilich wollten, als die Groggläser auf dem durch das Unterschieben eines Bierfasses und einer Zigarrenkiste gestützten Tisch standen, sowohl die Königsteiner wie die Wehlener gesiegt haben, aber die Verhandlung darüber, wem der Lorbeer gebührte, wurde zwar mit äußerst schnoddrigen Redensarten und vielem gegenseitigem Sichaufziehen, jedoch in allgermütlichster, kameradschaftlichster Stimmung geführt. Als man sich genügend ausgeschwitzt und ausgesprochen und wieder gestärkt hatte, und die Wehlener ans nach Hause fahren dachten — ein weiterer Vorzug einer solchen Hauerei ist der, daß sie alle Teilnehmer mit Ausnahme der Gewohnheitsläufer nüchtern macht —, boten die Königsteiner Schiffer, die alljährlich die zu Füßen der Stadt liegende Eisbahn gemeinsam bewirtschaften, zum Transport Rößberts ihren besten gepolsterten Stuhlschlitten an, und die beiden beurlaubten Pontoniere, Johannes Krüger und Max Hodevitsch — der war nur ein Namensvetter, kein Verwandter von Helenchen — übernahmen, da ihnen als Mitgliedern der aktiven Armee von allen Beteiligten besonders Vertrauen geschenkt wurde, und sie auf dem Kopf Militärmützen und auf dem Leib Uniformen trugen, den Transport. Johannes Krüger, dem man eine brennende Laterne auf dem Rücken angebracht hatte, sollte als Leuchtkäfer vorausfahren, damit der Stuhlschlitten mit dem Verwundeten nicht in unpassierbare Stellen geriet, und Max Hodevitsch, der ein paar Schultern wie der heilige Christophorus und ein paar Beine wie ein Herkules hatte, versprach zu folgen und sachte und vorsichtig zu schieben. Ich will Maß heißen, sagte er mit einem überaus wackern Leuchten aus seinen dunkelblauen Augen, wenn ich ihn nicht so dufemang heimschaffe, daß er denkt, er liegt im Bett. Das traute ihm jeder zu: er trank noch einen Grog, damit es recht boomeelig gehn sollte, und die Rückfahrt, mit Johannes Krüger und dem Stuhlschlitten an der Spitze, begann, nachdem es noch vieles und langes treuherziges Abschiednehmen zwischen den durch Wunden und Brausen frisch zusammengefitteten Königsteiner und Wehlener Freunden gegeben hatte, schweigend und geisterhaft. Nur das Schleifen der im Takte über das Eis dahingleitenden Eisen war wie der Flügelschlag eines auf einsamer Bahn seinem Ziele zusteuern den Riesenvogels vernehmbar, und der goldne Mond spiegelte sich in der stillen kalten Nacht friedlich und hell auf der stahlblanken Eisfläche des unter ihr lautlos schlummernden Stroms.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. „Das rote Gespenst bei Licht“ in Heft 48 der Grenzboten hat weithin in der deutschen Presse Beachtung gefunden, allerdings zum Teil mit einer Oberflächlichkeit, die wir im Interesse der betreffenden Zeitungen sehr bedauern. Zunächst haben die „Schlesische Zeitung“ vom 28. und das „Posener Tageblatt“ vom 29. November einen fast gleichlautenden Artikel über „die Sozialdemokratie in Sachsen“ gebracht, der auf der Annahme fußt, daß die von uns gegebenen Zahlen, trotz der mehr als neun Millionen Wähler, sich nur auf Sachsen beziehen! Soviel Kenntnis der deutschen Landeskunde sollte doch sowohl in Breslau als in Posen vorhanden sein, daß man dort nicht dem Königreich Sachsen mit seinen viereinhalb Millionen Einwohnern neun Millionen Wähler zuschreibt! Im Königreich sind 750 798 gültige Stimmen abgegeben worden, davon 441 764 für die Sozialdemokratie, so daß der Überschuß der nicht sozialdemokratischen Stimmen für Sachsen 309 034 beträgt, während der Mehrzuwachs an sozialdemokratischen

Stimmen für das ganze Reich, nicht für Sachsen, wie die beiden Blätter annehmen, auf 64496 Stimmen berechnet ist. Das „Posener Tageblatt“ und die „Schlesische Zeitung“ schreiben aber: Für Sachsen verbleiben als Vermehrung der Sozialdemokratie netto 64496 Stimmen! Die „Schlesische Zeitung“ kommt sogar am 1. Dezember noch einmal an der Hand von Zitaten aus der „Deutschen Tageszeitung“ und den „Hamburger Nachrichten“ auf dieses angebliche „Wachstum der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen“ zurück.

Nun kommt eine Reihe anderer Blätter, die unsere Arbeit, wenn sie sie überhaupt genauer gelesen, jedenfalls völlig mißverstanden haben. Zu ihnen gehört das „Leipziger Tageblatt“, das von Rechenkunststücken, einem künstlichen Sandhaufen usw. schreibt.

Hier sind gar keine Kunststücke, sondern die nackten amtlichen Zahlen, die für sich selbst sprechen. Es war auch durchaus nicht unsere Art, „eine so ernste Sache mit Rechenkunststücken abzutun.“ Wir hielten es aber für geboten, den überlaut verkündeten Wahlsieg der Sozialdemokraten, der namentlich im Auslande sehr ernst genommen wurde, auf seinen wahren innern Wert zurückzuführen. Das war auch wohl der Zweck jener reichsstatistischen Veröffentlichung.

Die Sozialdemokratie hat bekanntlich einen scheinbaren Zuwachs von rund 903000 Stimmen zu verzeichnen und hat wegen dieser Zahl die Trompete so laut geblasen, daß alle Welt darüber in Schrecken geraten ist, als ob die Mauern von Jericho zum zweitenmal umfallen sollten. Eine Wahlzahl muß man sich aber immer genauer ansehen und sie auf ihre chemische Zusammensetzung prüfen. Der also verkündete Zuwachs war bei den Wahlen von 1898 schon zu einem Drittel vorhanden, nur wurde damals nicht, wie diesmal am 16. Juni, der letzte Mann durch Parteibefehl aufgeboten. In diesen 903000 Stimmen steckt also:

1. der Zuwachs an Wählern auf dem Wege der Volksvermehrung,
2. der Zuwachs infolge verminderter Wahlenthaltung,
3. der Zuwachs infolge der Wahlzelleinrichtung,
4. der Zuwachs infolge der von sechs bis sieben Uhr verlängerten Wahlzeit,
5. der Zuwachs aus andern Parteien.

Diese fünf Umstände begründen den Zuwachs von 903000 Stimmen, von denen wir die zu 1. auf 540000, zu 2. und 4. auf 300000 Stimmen angegeben haben (S. 534), und wir werden abwarten, ob das „Leipziger Tageblatt“ uns das Gegenteil nachweist.

Wir kommen nun zu den konservativen Kritikern, von denen sich das „Deutsche Tageblatt“ am eingehendsten mit dem „roten Gespenst“ beschäftigt hat. Es achtet die Aufstellung als irreführend und meint, „nicht auf die absoluten, sondern auf die relativen Zahlen komme es an.“ Ganz richtig, das ist auch unsere Meinung. Nur zieht das „Deutsche Tageblatt“ eine irrige Schlussfolgerung, indem es schreibt: „Wenn man die Vermehrung der sozialdemokratischen und der nichtsozialdemokratischen Stimmen miteinander vergleicht, so ergibt sich, daß die sozialdemokratischen Stimmen um 43 Prozent ihres früheren Bestandes zugenommen haben, während diese Zunahme bei den nichtsozialdemokratischen Parteien nur 15 Prozent betrug.“ — Das wäre allerdings eine ungeheuerliche Lage. Nun steht aber zum Glück fest, daß das Plus von 903000 Stimmen höchstens zu zwei Dritteln einen Zuwachs bedeutet, weil davon 300000 Stimmen auf die diesmal verminderte Wahlenthaltung, d. h. auf solche Sozialdemokraten fallen, die im Jahre 1898, wo die Parteiparole noch keinen Zwang vorschrieb, wegen absoluter Ausichtslosigkeit eines sozialdemokratischen Kandidaten bei der Hauptwahl nicht gestimmt haben. Damit würden die 43 Prozent schon unter 30 Prozent sinken. So kann aber überhaupt nicht gerechnet werden. Es kommt doch darauf an, festzustellen, wie groß der Anteil der Sozialdemokratie an der deutschen Wähler-

schaft tatsächlich ist. Dazu muß man auch die Zahl der Wahlberechtigten in Betracht ziehen. Das Ergebnis ist nach den amtlichen Zahlen folgendes:

	Wahlberechtigte	giltige Stimmen	davon Sozialdemokraten	Prozent
1898	11441034	7752693	2107076	27,2
1903	12531248	9495587	3010771	31,7

Also 1903 mehr: 4,5 Prozent.

Rechnet man zu den Sozialdemokraten von 1898 mit	2107076
1. 10 Prozent Wahlenthaltungen als Minimum (Tod, Krankheit, Abwesenheit)	210707
2. Von dem damaligen Mehr an Wahlenthaltungen gegen 1903	300000
so kommt man für 1898 auf eine Parteistärke von	2617783

gleich 22,88 Prozent der damaligen Wählerschaft.

Für 1903 stellt sich das Verhältnis wie folgt:

Sozialdemokratische Stimmen	3010771
Als Minimum (Tod, Krankheit, Abwesenheit) 10 Prozent Wahlenthaltungen	301077
Zusammen als Parteistärke	3311848

gleich 26,45 Prozent der diesmaligen Wählerschaft.

Dies ergibt einen Stimmenzuwachs von 26,45
— 22,88

3,57 Prozent in der Wählerschaft.

Nicht mathematisch festzustellen ist der Anteil, den die Sozialdemokratie über 10 Prozent hinaus an den 2997454 diesmaligen Wahlenthaltungen, sowie über 10 Prozent + 300000 hinaus an denen von 1898 hat. — Rechnet man 10 Prozent Enthaltungen für alle Parteien als dauernde Minimalenthaltung, so bleiben darüber hinaus rund 2 Millionen unter alle Parteien zu verteilen. Davon die Hälfte auf die Sozialdemokraten bei den diesmaligen Wahlen zu verrechnen, wäre wohl entschieden zu hoch gegriffen; nimmt man 700000, so wäre der Anteil der Sozialdemokratie an der Wählerschaft rund 4 Millionen, etwas mehr als $33\frac{1}{3}$ Prozent.

In der Bevölkerung, nicht in der Wählerschaft, ist die Partei natürlich noch weit stärker, weil der sozialdemokratische Nachwuchs dazu kommt, der das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, und dessen Prozentsatz allerdings von Jahr zu Jahr stärker zu werden droht.

Das ist die vom „Deutschen Tageblatt“ und auch von den „Hamburger Nachrichten“ gewünschte „Verhältniszahl.“ Sie ist ja auch noch immer bedauerlich groß genug, aber doch noch nicht so, daß für die Sozialdemokraten, wie die „Hamburger Nachrichten“ meinen, der Augenblick nicht mehr fern ist, wo sie die Mehrheit im Reichstage erreicht haben werden. Die Sache ist hinreichend ernst, daß man ihr ohne Rechenkunststücke fest ins Gesicht sehen soll, aber andererseits besteht doch die Pflicht, die anscheinend so beunruhigende Zahl nach ihrem wirklichen Wert zu bemessen. Tun die andern Parteien in Zukunft mehr ihre Wahlschuldigkeit, so ist die Gefahr noch mit gutem Erfolg zu bekämpfen. Freilich dürfen sie sich einem Gegner gegenüber, der jederzeit in mobilem und kriegsbereitem Zustand ist, nicht darauf einlassen, ihre Mobilmachung erst beim Beginn der Schlacht anzufangen. Dann würden sie selbstverständlich zu spät kommen. Auch für die Wahlschlacht ist „bereit sein — alles.“ Das sollte man endlich von einem Feinde lernen, der alle von der Gesetzgebung geschaffenen oder ermöglichten sozialpolitischen Organisationen und Einrichtungen rücksichtslos, rastlos und mit großer Voraussicht in den Dienst seiner Sache stellt. Dagegen hat es keinen Sinn, sowohl vor dem Auslande als vor der eignen Wählerschaft die Zahl dieser „feindlichen Armee im Lande“ stärker hinzustellen, als sie tatsächlich ist, damit dient man doch nur dem Gegner! Auch nach Entlarvung der sozialdemokratischen Fäulerei bleibt an bitterer Wahrheit immer noch genug übrig. Discite moniti!

